

Andrea Röpke

2017 Jahrbuch rechte Gewalt

Chronik des Hasses

Hintergründe, Analysen und
die Ereignisse 2016

KNAUR 

Die Jahreschronik wurde zusammengestellt
von Sebastian Heidelberger

Redaktionsschluss:

1. November 2016

Besuchen Sie uns im Internet:

www.knauer.de



Originalausgabe Januar 2017

Knauer Taschenbuch

© 2017 Knauer Verlag

Ein Imprint der Verlagsgruppe Droemer Knauer GmbH & Co. KG, München

Alle Rechte vorbehalten. Das Werk darf – auch teilweise – nur mit
Genehmigung des Verlags wiedergegeben werden.

Redaktion: Nadine Lipp

Covergestaltung: Büro Jorge Schmidt

Satz: Adobe InDesign im Verlag

Druck und Bindung: CPI books GmbH, Leck

ISBN 978-3-426-78904-9

5 4 3 2 1

Inhalt

Einleitung: Es geht uns alle an	7
<i>Chronik Oktober 2015</i>	23
Die rechte Hassbewegung und ihre Facebook-Armee	34
<i>Chronik November 2015</i>	47
Die Scharfmacher. Pegida und die Hooligan-Szene	56
<i>Chronik Dezember 2015</i>	72
Das Reker-Attentat in Köln, der terroristische Akt eines braunen Schläfers	80
<i>Chronik Januar 2016</i>	90
Der neue Kampf um die Straße. Rechte Hooligans wüten in Leipzig	107
<i>Chronik Februar 2016</i>	119
Als Bürgerinitiative getarnt: Rechtsextreme Hetzer	131
<i>Chronik März 2016</i>	142

Der Ballstädt-Prozess und das rechtsextreme Spektrum in Thüringen	152
<i>Chronik April 2016</i>	164
Rechtsextreme Terrorzellen: NSU und »Oldschool Society«	173
<i>Chronik Mai 2016</i>	190
Niedersachsen und die rechtsextreme Szene, die keiner sehen wollte	200
<i>Chronik Juni 2016</i>	213
Nauen: Die Brandserie und der NPD-Rädelsführer	220
<i>Chronik Juli 2016</i>	232
Opfer, Überfälle, ein »Klima der Angst«	241
<i>Chronik August 2016</i>	257
<i>Chronik September 2016</i>	266
Dank	275
Argumentationshilfen	277
Quellen	279
Ortsregister	289

Einleitung: Es geht uns alle an

Was ist bloß los in diesem Land, in dem ein Klima von Hass und Gewalt gegen Minderheiten sich derart leicht freie Bahn schaffen kann? In dem die, die am lautesten nach einem homogenen Staat brüllen, Gehör finden, während Tag für Tag Menschen angegriffen werden, die Zuflucht vor Krieg, Armut und Verfolgung suchen.

Wer hat eigentlich das Sagen, »Rechtsstaat oder Rechtsverächter«, fragte sich jüngst Grünen-Politikerin Claudia Roth nach ihrem Besuch im sächsischen Bautzen. Dort waren junge Migranten tagelang von einer Übermacht rechter Jugendlicher durch die Straßen gejagt worden. Daraufhin verhängte das zuständige Landratsamt eine Ausgangssperre – gegen die Verfolgten.

Es gibt Orte, an denen Menschen permanent in Furcht leben müssen, nur weil sie bunte Haare haben, homosexuell sind oder Flüchtlingen helfen. Im Sommer 2015 – als sich Deutschland nicht nur an den Bahnhöfen weltoffen präsentierte – wurden die dort tätigen Ehrenamtlichen öffentlich gelobt, heute werden sie in einigen Regionen bedroht. Tausende aufgebrachte Bürger spazieren Woche für Woche als selbst ernannte Opposition durch Dresden und andere deutsche Städte – doch was sie fordern, ist nicht Gerechtigkeit für alle, sie fordern Vorrechte für Deutsche. Werte wie Humanismus, Liberalität und Gleichheit scheinen für Teile der bundesdeutschen Bevölkerung nicht mehr zu zählen. Ein Mob auf der Straße, angeführt auch von

Hooligans und Türstehern, propagiert martialisch Selbstjustiz gegen ausländische Sexualstraftäter oder den Schutz für deutsche Frauen. Doch Emanzipation ist ihr Ziel nicht. Der Islam wird von Anti-Asyl-Initiativen und anderen Gruppen massiv kritisiert, doch autoritäre Mechanismen anderer Religionen außen vor gelassen. So können sich rechte christliche Fundamentalisten unter die Wutbürger mischen und Einfluss nehmen, wie in den USA. Straßenbewegungen wie Pegida, Parteien wie die AfD machen sich die Angst vor islamistischen Anschlägen zunutze, entfesseln aber selbst sozialen Unfrieden, der in Gewalt ausartet.

Mischszenen außer Rand und Band. Plötzlich spielen sich vorbestrafte Täter, gewaltbereite Hooligans, erklärte Antifeministen oder Waffenfreunde als Ordnungshüter und Beschützer auf. Vermeintlich Bedrohte rufen nach dem Schutz durch Bürgerwehren, fordern Selbstjustiz, bringen Galgen für Politiker mit zu Demonstrationen – und die Mehrheit schweigt.

Teile der Gesellschaft sind politisch aktiver geworden. Zunächst machte es in der Öffentlichkeit den Anschein, die »Patriotischen Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes« (Pegida) in Dresden würden sich an einem demokratischen Prozess beteiligen und mehr Mitbestimmungsrecht einfordern, doch sie stehen nicht für die Anerkennung der anderen. Sie fordern mehr Mitbestimmung für die Vertreter der eigenen Meinung – dulden aber keine abweichende. Aufgebrachte Bürger spielen sich – oft angeführt von Rechtsextremen – als Experten auf. Deren gewählte Vertreter sollen es jetzt richten. Dabei zeigt sich, dass gerade NPD-Politiker bis hin zu den Rechtspopulisten in der Vergangenheit wenig Interesse an akribischer, aufwendiger Ausschussarbeit in den Lokalparlamenten gezeigt haben. »Dicke Sprüche, nichts dahinter« titelte die *Hamburger Morgenpost* über das wenig effektive Engagement lokaler AfD-Politiker bei der praktischen Arbeit in den Plenarsitzungen.

Außer Innere Sicherheit und Flüchtlinge interessiere deren Abgeordnete kaum ein anderes Thema.

Verantwortliche Politiker beugen sich dem Druck der pöbelnden Straße. Mit Toleranz und Hilflosigkeit wird einer intoleranten rassistischen Bewegung begegnet. Rechtsaußen-Politiker der großen Volksparteien nutzen die Gunst der Stunde, rücken weiter nach rechts und fordern eine Beschränkung der Zuwanderung, anstatt den Anfeindungen auf der Straße und den Anfeindungen der Minderheiten eindeutige Grenzen aufzuzeigen.

Besonders skurril dabei ist, dass Journalisten bei der Ausübung ihrer Arbeit angegangen werden und auf der Straße gebüllt wird: »Lügenpresse – auf die Fresse.« Dabei verhalten sich die quotenstarken öffentlich-rechtlichen Talkshows überkorrekt und laden Woche für Woche rechtspopulistische Wortführer ein, denen damit ungefiltert ein Millionenpublikum angeboten wird. In jeder fünften Talkshow von ARD und ZDF sitzt im Jahr 2016 ein Vertreter der AfD.

Es sei ein in der Politik und den Medien weitverbreiteter Irrtum, so der Soziologe Harald Welzer, im Umgang mit den neuen Rechten zu glauben, »dass sich Vorurteile aufklären ließen, dass man den Dialog brauche, ins Gespräch kommen, zuhören müsse«. Er plädiert: »Wo Gewalt herbeigeredet, befürwortet, angewendet wird, da hilft nur die Durchsetzung des Rechts, kein Argument.«

Längst sollte klar sein: Die Zeiten, als sich biedere DVU-Politiker in schlecht sitzenden Anzügen gemeinsam mit stotternden Proll-Nazis selbst vorführten, sind vorbei. Professionelle Strategen wie die AfD-Europaabgeordnete Beatrix von Storch nutzen die Medien – die sie ablehnen – gezielt für ihre Zwecke. Tabubrüche sind Kalkül. Dank dieser Diskursstrategie wird der politische Rahmen sagbarer Provokationen allmählich erweitert. Rechte Apologeten gehen dabei geradezu lässig mit

liberaler Hilflosigkeit um. Immer scheinen sie einen Schritt voraus.

Dabei hätten wir längst lernen können. Als die Tea-Party-Bewegung in den USA Massen gegen die demokratische Regierung des ersten schwarzen Präsidenten Barack Obama in Bewegung setzte und sich Neokonservative, Rassisten, religiöse Fanatiker, Waffenfans und andere konservative Gruppen zusammenrotteten, betrachteten wir diese Entwicklung zwar erschrocken, aber auch mit dem naiven Hintergedanken: Das ist alles weit weg. Als aber das autoritäre Weltbild rechtspopulistischer und islamfeindlicher Parteien sich rasant in Europa ausbreitete, schauten wir selbstbewusst auf die vor sich hin dümpelnden Kleinstparteien NPD, Republikaner oder andere – und atmeten durch. In Deutschland sei es ja nicht so schlimm wie in manch anderem europäischen Land. Doch spätestens seit 2014 ist es mit dieser Ruhe vorbei.

Die noch nicht einmal vier Jahre existierende AfD zieht in die Landesparlamente ein. Jeder fünfte Mecklenburg-Vorpommer wählte die fremdenfeindliche Partei bei der Landtagswahl 2016, an manchen Orten, wie auf der Insel Usedom, wird die unerfahrene Truppe sogar zweitstärkste Kraft. Auch im westlichen Wohlstandsland Baden-Württemberg etablierte sich die AfD mit über 15 Prozent der Wählerstimmen. Zu lange wurden Warnungen vor völkisch-nationalistischen Tendenzen AfD-Verantwortlicher als Hysterie oder Panikmache abgetan. Der Ausspruch »Ich bin rechts« ist kein Stigma mehr. Geradezu stolz bekennen sich viele dazu. Selbstbewusst sind jetzt die anderen. Das Flüchtlingsthema spaltet Teile der Gesellschaft. Um uns Gutmenschen ist es zu still geworden.

Die Zahlen von Teilnehmern an Protesten gegen rechts sind vor allem in den neuen Bundesländern so erschreckend gering, dass in den Nachrichten eine Nennung der Zahlen lieber vermieden wird. Akademiker schreiben Hassmails in sozialen

Netzwerken. Familienväter zünden Häuser an. Es sind nicht mehr nur Neonazis, die »Ausländer raus« brüllen und Gewalttaten gegen Minderheiten begehen. Die Zeiten einfacher Klischees – glatzköpfig, ungebildet, arm – sind vorbei.

Profiteure des gesellschaftlichen Rechts-Booms sind unter anderem politische Wegbereiter wie die neu-rechte Wochenzeitung *Junge Freiheit*, die Anfang 2016 einen Auflagenrekord feiert, sowie die Aktionsgaukler der rechtsextremen »Identitären Bewegung«, die zu Youtube-Stars wurden, nachdem sie im August 2016 das Brandenburger Tor enterten. NPD-Politiker ziehen die Fäden in Anti-Asyl-Initiativen und die radikale Neonazi-Kleinstpartei »Der III. Weg« weist motivierten Brandstiftern per digitaler Landkarte den Weg zum Tatort.

Rechte Gewalt nimmt abstrakte gefährliche Formen an. Die engagierte Thüringer Landtagsabgeordnete Katharina König und ihr Vater, Stadtjugendpfarrer in Jena, kämpfen lange schon gegen Neonazi-Umtriebe. Jetzt aber kam eine Morddrohung per Hassgesang. Die Schweizer Neonazi-Band »Erschießungskommando« singt: »Bald bist du endlich dran (...) Vom Landtag auf die Bahre« und: »Du wirst grausam sterben, das ist nicht die Frage, vorher schaust du noch zu, wie ich den Lausebart erschlage, wie dieser Assipfaffe vor mir niederkniet und sich mein Schalldämpfer tief in sein Maul schiebt.« König hatte zuvor über ein Neonazi-Konzert in der Schweiz mit 5000 Besuchern berichtet, an dessen sechsstelligen Einnahmen auch Thüringer Aktivisten beteiligt sein sollen.

Fünf Polizeibeamte wurden in den vergangenen 20 Jahren ermordet. Fast alle Täter stammten aus dem militanten Kameradschaftsmilieu. 2016 aber wird ein Polizist von jemandem getötet, der als rechter Spinner galt. Ein sogenannter Reichsbürger tötet im Oktober in Georgensgmünd ein Mitglied eines Sondereinsatzkommandos (SEK) mit drei Schüssen. Wolfgang P. hatte auf seinem Grundstück in Franken einen eigenen Staat

gegründet, die bundesdeutschen Gesetze sollten für ihn nicht gelten. Dafür hatte der 49-Jährige eine gelbe Linie um sein Haus gezogen und auf den Briefkasten geschrieben: »Regierungsbezirk Wolfgang. Mein Wort ist hier Gesetz.«

Unter dem Motto »Das deutsche Reich ist nicht untergegangen« versammeln sich Neonazis, Muslimhasser, Verschwörungstheoretiker und verwirrte Querulanten in den zahlreichen Splittergruppen der »Reichsbürger«. Einige von ihnen – wie Kampfsporttrainer Wolfgang P. – horten auch Waffen und sind bereit, sie gegen Bedienstete des Staates, den sie ablehnen, zu benutzen.

Bereits Ende August versuchte ein »Reichsbürger« in Sachsen-Anhalt, sich mit Waffengewalt gegen eine Zwangsäumung seines Grundstückes zu wehren. Der ehemalige »Mister Germany« gehörte zu den »Reichsbürgern«, die mit der Gründung eines fiktiven Ministaates, wie dem »Staat Ur«, gleichgesinnte Anhänger um sich scharen. Gemeinsam stellten sie sich der Polizei entgegen. Zunächst flogen Steine, dann soll der 41-jährige »Reichsbürger« das Feuer eröffnet haben.

Ungewöhnlich für rechte Gewalt ist auch die Tat eines Teenagers in München: Ein junger Mann läuft Amok, er hat ausländische Wurzeln, fühlt sich aber als Neonazi. David Ali S. erschoss neun Menschen mit ausländischen Wurzeln. Der Deutschiraner fühlte sich als »Arier«, verehrte Adolf Hitler und mochte keine Türken und Araber. Für seinen Amoklauf wählte der 18-Jährige den fünften Jahrestag des Massakers eines norwegischen Neonazis an über 70 engagierten, überwiegend jungen Menschen. Im Gegensatz zu psychisch gestörten Amokläufern oder anderen Kriminellen handelte der Münchner Rechts-extremist anscheinend aus politisch-ideologischer Motivation: Seine Opfer waren Migranten, mit denen er sich getarnt verabredet haben soll.

Oft fühlen sich rassistisch motivierte Gewalttäter als Speer-

spitze des Volkes. Stellvertretend für viele, die gegen »den Flüchtlingsstrom« oder den »deutschen Volkstod« nur palavern, sehen sie sich als Handelnde – nach dem Motto des NSU: »Taten statt Worte«.

44 Prozent der Deutschen hegen Ende 2014 Vorurteile gegen Flüchtlinge, obwohl die meisten nur wenig über sie wissen. In Sachsen, dem Bundesland mit einem »gefühlten Ausländeranteil von 87,4 Prozent«, wie der Satiriker Hans Zippert witzelt, leben gerade einmal 3 Prozent Ausländer. In keinem anderen Bundesland gibt es so viele organisierte Neonazis – und so viele rassistische Taten. »In den letzten zwei Jahren ist die Zahl der rechtsextremistischen Übergriffe in Sachsen um 90 Prozent gestiegen – ganz sicher hängt das mit der aufgeheizten Stimmungslage zusammen und den Demonstrationen der Pegida-Bewegung«, sagt Markus Kemper vom Mobilien Beratungsteam des Kulturbüros Sachsen. »Pegida wirkt dabei wie ein Katalysator für Neonazis und andere Rassisten.«

Hinter all den Anschlägen gegen Flüchtlinge, deren Unterstützer oder gegen andere Minderheiten verbirgt sich die wahnwitzige Idee vom Erhalt des eigenen Volkes durch drastische »Notwehrmaßnahmen«. Die Täter sind der Meinung, Selbstjustiz sei in Ordnung, weil der Staat die Deutschen nicht mehr ausreichend schütze. So wird es jedenfalls propagiert.

Die Vorsitzende der AfD, Frauke Petry, zeigt Verständnis dafür, dass sich immer mehr Menschen im Land Schreckschusswaffen und Reizgassprays zulegen. »Viele Bürger fühlen sich zunehmend unsicher. Jeder Gesetzestreue sollte in der Lage sein, sich selbst, seine Familie und seine Freunde zu schützen«, fordert die Rechtspopulistin aus Sachsen. Den Waffenbesitz für »mündige Bürger« lockern, forderte die AfD in Sachsen-Anhalt gleich nach ihrem Einzug in das Landesparlament, denn durch ein liberales Waffenrecht könnten sich gesetzestreue Bürger, der AfD zufolge, gegen Unrecht besser zur Wehr setzen. Dabei

waren im Jahr 2015 allein bei Neonazis fast 2000 Waffen gefunden worden.

2016 verbreitete die Internetplattform »Migrantenschreck« ein Video, in dem ein Mann mit Maske auf Politiker-Fotos von Heiko Maas, Joachim Gauck und Cem Özdemir schießt. Dazu gab es bei »Migrantenschreck.ru« ein Verkaufsangebot: verschiedene Pistolen und Revolver mit Hartgummigeschossen als Munition. Sie wurden beworben mit Sprüchen wie: »60 Joule Mündungsenergie strecken jeden Asylforderer nieder.« Hinter der Waffen-Homepage soll ein umtriebiger rechter Aktivist stecken, der antiislamische Montagsdemos in Erfurt mitorganisierte und inzwischen abgetaucht ist. Mario R. wird auch für eine der bekanntesten Hetzseiten im Internet namens »Anonymous«, mit zwei Millionen Fans, verantwortlich gemacht. Inzwischen fahndet die Staatsanwaltschaft nach ihm.

Bei diesen erschreckenden Ereignissen, die uns seit etwa 2014 begleiten, stellt sich die Frage: Wie steht es mit der Widerstandskraft einer engagierten Zivilgesellschaft?

Hinter den Kulissen setzen sich unzählige Menschen in Deutschland aus humanistischen Gründen und politischer Überzeugung für Flüchtlinge ein. Sie sorgen im Rahmen ihrer Möglichkeiten für Zwischenmenschlichkeit und Integration. Während AfD-Wortführer zum Beispiel den Fußballprofi Jerome Boateng aufgrund seiner Hautfarbe beleidigen, dadurch Hass und Zwietracht säen, und konservative Politiker diesen menschenverachtenden Positionen zum Teil entgegenkommen, bieten Engagierte dem alltäglichen Wahnsinn in ihrem Land die Stirn.

Beherzt fordert die Publizistin Carolin Emcke, Friedenspreisträgerin des Deutschen Buchhandels, dazu auf, eine freie, säkulare, demokratische Gesellschaft immer wieder neu zu lernen. »Pseudoreligiöse und nationalistische Dogmatiker propagieren

die Lehre vom ›homogenen Volk‹, von einer ›wahren‹ Religion, einer ›ursprünglichen‹ Tradition, einer ›natürlichen‹ Familie und einer ›authentischen‹ Nation. (...) Sie teilen willkürlich auf und ein, wer dazugehören darf und wer nicht‹, so Emcke in ihrer Dankesrede. Ihre Forderung: Wir sollten die nötige Antwort auf Rechtspopulismus und andere Fanatismen nicht nur an die Politik delegieren, sondern als Zivilgesellschaft selbst dagegen eintreten. Der Erfolg der AfD sollte ein »Weckruf« sein, warnt auch Heribert Prantl aus der Chefredaktion der *Süddeutschen Zeitung*. Es sei nicht selbstverständlich, »dass die Gesellschaft liberal ist und bleibt«.

Ein Anfang wäre die Anerkennung Deutschlands als Einwanderungsland. In der Selbstwahrnehmung war es das lange gar nicht. Zwischen 1945 und 1989 kamen etwa 15 Millionen Flüchtlinge, Vertriebene, Aussiedler und Übersiedler. Sie haben sich und sie wurden – trotz anfänglicher Widerstände – integriert. Dennoch gab es immer wieder Politikerstimmen, die das Gegenteil proklamierten, so zum Beispiel wetterte Alt-Bundeskanzler Helmut Schmidt (SPD) 1992 gegen eine mögliche Überschwemmung durch Zuwanderer mit den Worten: »dann entartet die Gesellschaft«. Der heutige Finanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) sagte 2006 auf dem Integrationskongress des Caritas-Verbands: »Wir waren nie ein Einwanderungsland, und wir sind's bis heute nicht.« Auch andere Politiker, wie der damalige nordrhein-westfälische SPD-Fraktionsvorsitzende Friedhelm Farthmann, zeigten sich menschenfeindlich: »Prüfung des Antrags so schnell wie irgend möglich, gegebenenfalls Überprüfung durch einen Einzelrichter an Ort und Stelle – und dann an Kopf und Kragen packen und raus damit.«

Die Regierungspolitik sendet bis heute unentschiedene Signale in die Bevölkerung. Genau das wird die ambivalente Mitte der Bevölkerung weiterhin verunsichern und vielen die Parolen der Rechtspopulisten als Alternative erscheinen lassen. Das

Ausmaß rechter Gewalt sollte Anlass geben, eiligst nachhaltige Integrationskonzepte zu entwickeln, die von der ganzen Bevölkerung getragen werden und der Bundesrepublik ein modernes, weltoffenes und soziales Gesicht verleihen.

Warum der Titel »Jahrbuch rechte Gewalt«?

Opferberatungsstellen reden von »rechter Gewalt«, weil damit ein größerer Verantwortungsbereich getroffen wird. Rassistische, antisemitische oder homophobe Gewalt kann auch ohne ideologischen Bezug zum Nationalsozialismus oder zu einem gefestigten politischen Weltbild begangen werden. In der Behördensprache heißt es bei solchen Straftaten, sie seien »politisch motiviert rechts«. Doch hinter dem Begriff »rechte Gewalt« verbirgt sich auch der Ansatz, ein gesamtgesellschaftliches Problem deutlich zu machen. Es sind nicht mehr nur Rechtsextremisten, die solche Taten begehen, sondern eben auch eine steigende Anzahl rassistisch denkender Menschen von nebenan.

Das Problem beschränkt sich nicht auf eine kleine Minderheit der Gesellschaft, sondern geht alle an. Um eine funktionierende Sozialgemeinschaft aufzubauen, dürfen Hasskriminalität und Gewalt gegen Schwächere nicht verschleiert werden. Dem Offenlegen rechter Gewaltstrukturen steht jedoch einiges entgegen. So schaffte die sozialdemokratische Bundesfamilienministerin Manuela Schwesig (SPD) sofort nach ihrer Amtsübernahme 2014 die umstrittene »Extremismusklausel« ab – doch Schaden hatte die längst angerichtet. Das Bekenntnis zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung war 2011 von der konservativen Vorgängerin Schwesigs, Kristina Schröder (CDU), eingeführt worden und betraf vor allem ehrenamtliche Vereine zur Prävention gegen Neonazis, die auf Fördergelder des Bun-

des angewiesen waren. Diese Maßnahme trieb, wie kaum eine andere, einen »Spaltpilz tief in die Zivilgesellschaft« (Endstation rechts), weil Aktivisten und Organisationen, die sich sozial engagierten, im Vorfeld unter eine Art »Generalverdacht« gerieten. Von einer »Bespitzelungsklausel« war unter Betroffenen die Rede. Stephan Kramer, damaliger Generalsekretär des Zentralrats der Juden, kritisierte 2011: »Die Extremismusklausel ist ein Symbol für den Überprüfungswahn und das Misstrauen der Bundesregierung!«

Die bewusst unscharfe Differenzierung zwischen Rechts- und Linksextremismus im Zusammenhang mit der Klausel hatte zur Folge, dass rassistische Gewalt verharmlost wurde. Dabei belegen Fakten und Zahlen eindeutig die Gefahr durch politisch motivierte Hasskriminalität. Das Bundesamt für Verfassungsschutz hält jedoch an der Extremismustheorie fest. Die 2016 veröffentlichte Broschüre »Handreichung für Flüchtlingshelfer« stigmatisiert Teile der Solidaritätsbewegung. So heißt es in der Broschüre: »Linksextremistisch motivierte Personen und Organisationen beteiligen sich an der Betreuung von Flüchtlingen in Flüchtlingsunterkünften und verteilen Spenden an Schutzsuchende«, die Behörde warnt, es gehe dabei »um eine propagandistische Instrumentalisierung ihrer Flüchtlingsunterstützung«. Dass ausgerechnet eine derartig umstrittene Behörde wie der Verfassungsschutz, der sich bei der Aufarbeitung rassistischer Verbrechen und dem Einsatz gewaltbereiter krimineller V-Leute vor allem im Zusammenhang mit den Verbrechen des NSU-Netzwerks hoch belastete, jetzt anscheinend versucht, die »Refugees Welcome«-Bewegung zu spalten, erscheint ungeheuerlich.

Das »Jahrbuch rechte Gewalt 2017« möchte dagegen das Engagement aller Personen und Organisationen würdigen, die sich für ankommende Menschen in Not einsetzen. Anhand der von zahlreichen Opferberatungsstellen erfassten Übergriffe und Ta-

ten sowie zusätzlich recherchierter Hintergrundberichte zu rechten bis neonazistischen Hintergrundstrukturen soll mit dem Jahrbuch in diesem Jahr – und auch im nächsten – ein reales Bild davon entstehen, wie es in Deutschland wirklich aussieht.

Andrea Röpke

Zur Entstehung der Jahreschronik, Kriterien für die Aufnahme der Taten

Die aufgeführten Taten sind nur ein Ausschnitt der Realität und keine allumfassende, repräsentative Darstellung. Auf staatliche Erfassungsbehörden wollten wir uns nicht verlassen. Zudem liefern das Bundeskriminalamt und die Landespolizei meist nur blanke Fallzahlen, keine Fallbeschreibungen, wie sie in unserer Chronik zu finden sind. Es gibt in Deutschland kein bundesweites Monitoring rechter Gewalt, daher entstehen Lücken dort, wo es keine zivilgesellschaftlichen, nichtstaatlichen Opferhilfen gibt. Wie wichtig eine solche unabhängige Erfassung wäre, zeigt die Statistik über die Todesopfer rechter Gewalt in der Bundesrepublik seit 1990. Das Bundeskriminalamt zählt 75 Opfer. Nichtregierungsorganisationen und Journalisten kommen im gleichen Zeitraum auf mindestens 158 Todesopfer und 22 zusätzliche Verdachtsfälle.

Taten werden oft nicht als rechte Gewalt erkannt, denn nicht selten stellen Polizeidienststellen die Argumentation der Täter, nichts von dem Migrationshintergrund der Opfer gewusst zu haben oder keine rassistischen Ansichten zu vertreten, nicht infrage, sondern übernehmen sie.

Als Journalisten greifen wir auf die Meldungen, Zählungen, Sammlungen von Präventions- und Betreuungsexperten zurück,

die Taten rechter Gewalt in ihrer Region aus dem täglichen Geschehen herausfiltern konnten. Entweder aus dem direkten Kontakt zu den Opfern rechter Gewalt oder aus Informationen lokaler Medien, der Polizei und von Behördenkreisen. Wir benutzen ihre Termini bei der Beschreibung der jeweiligen Vorfälle, da wir bei der Masse der Straftaten nicht jede einzelne überprüfen können, das übersteigt unsere Kapazität. Wir haben Vertrauen in die mit uns kooperierenden Stellen.

Parlamentarische Anfragen zur rechten Gewalt geben Zahlen preis, aber nicht die Geschichte hinter den Taten. Lokalzeitungen beschränken sich häufig auf die unreflektierte Übernahme von Pressemitteilungen der Polizei, das heißt, Taten werden entpolitisiert. Oft sind Vorfälle nur unter Stichwörtern wie »Brandanschlag« oder »Körperverletzung« vermerkt, ohne genauere Angaben zum Tathergang und zur Anzahl der agierenden und geschädigten Personen.

Darüber hinaus ist die Dunkelziffer hoch. Viele Gewalttaten von rechts, vor allem begangen an Jugendlichen, werden gar nicht erst angezeigt. Viele Brandanschläge auf Flüchtlingsunterkünfte sind unaufgeklärt. Darum bleibt hier zunächst nur Spekulation, ob es sich um eine politisch motivierte Tat handelt. Sobald es Hinweise dafür gibt, wird die Tat in der Chronik erwähnt.

Meldungen mit unklaren Fällen haben wir vorsorglich aussortiert, auch wenn sie vielleicht ins Buch gehört hätten. Wo dies erforderlich sein wird, werden wir im nächsten Jahrbuch Korrekturen liefern. Bei der Auswahl der aufgeführten Gewalttaten sind wir folgendermaßen vorgegangen: Aufgeführt werden Körperverletzungen; herausragende Bedrohungsfälle (wie Eindringen in die Wohnung oder Drohungen gegen Kinder); Steinwürfe auf bewohnte Unterkünfte, die Menschen hätten verletzen können; durchgeführte und versuchte Brandanschläge auf bewohnte und unbewohnte Unterkünfte; Übergriffe auf

Journalisten, die zur Einschränkung der Pressefreiheit führen; Gruppenangriffe auf Wehrlose. Mit der Problematik von Angriffen auf Menschen aufgrund ihrer sexuellen Orientierung werden wir uns in der nächsten Chronik intensiv beschäftigen.

Aussortieren mussten wir: Verwüstungen von jüdischen Friedhöfen; uneindeutige Auseinandersetzungen; das Zeigen von Symbolen verfassungsfeindlicher Organisationen oder des Hitlergrußes ohne vorausgehende oder anschließende Gewalttat; Buttersäure- und Wasserschaden-Anschläge; verbale Drohungen. Diese Vorfälle sollen in keinsten Weise verharmlost oder abgewertet werden, aber sie würden den Rahmen dieses Buches übersteigen.

Über Verbesserungsvorschläge, Korrekturen und Rückmeldungen freuen wir uns. Gern werden wir, wenn nötig, Fälle korrigieren oder aufgreifen.

*Andrea Röpke und Sebastian Heidelberger,
November 2016*

**In der Jahreschronik werden folgende Abkürzungen
der Bundesländer verwendet:**

BB	Brandenburg
BE	Berlin
BW	Baden-Württemberg
BY	Bayern
HB	Bremen
HE	Hessen
HH	Hamburg
MV	Mecklenburg-Vorpommern
NI	Niedersachsen
NW	Nordrhein-Westfalen
RP	Rheinland-Pfalz
SH	Schleswig-Holstein
SL	Saarland
SN	Sachsen
ST	Sachsen-Anhalt
TH	Thüringen

Chronik Oktober 2015

02.10. Großhartmannsdorf (SN) Unbekannte werfen Brandsätze in eine Kinder- und Jugendfreizeitstätte, die als mögliche Unterkunft für Flüchtlinge im Gespräch ist.

02.10. Bischhagen (TH) Unbekannte legen Feuer in einer Unterkunft, in die am kommenden Tag Flüchtlinge einziehen sollen.

02.10. Saalfeld (TH) Zwei bis drei Vermummte überfallen eine 16-Jährige, beschimpfen sie als »Scheiß Zeckenfotze« und schlagen und treten auf sie ein.

02.10. Berlin-Marzahn (BE) Im Eingangsbereich eines Hotels, in dem geflüchtete Menschen untergebracht sind, zündet ein unbekannter Mann einen Sprengkörper. Es wird niemand verletzt.

02.10. Rochlitz (SN) Eine unbekannte Person wirft einen Stein in das Fenster einer Asylunterkunft.

03.10. Xanten (NW) Unbekannte legen Feuer in einer geplanten Flüchtlingsunterkunft.

03.10. Altena (NW) Zwei Männer, einer davon Feuerwehrmann, verüben einen Brandanschlag auf ein Haus, das von sieben Flüchtlingen bewohnt wird. Sie zünden Benzin im Dachstuhl des Hauses an und kappen die Brandmeldeanlage des Hauses. Als Grund für ihre Tat geben sie Verärgerung über den Zuzug von Flüchtlingen in ihre Nachbarschaft an. Der Haupttäter muss wegen schwerer Brandstiftung für sechs Jahre ins Gefängnis, sein Helfer wird zu fünf Jahren Haft verurteilt. Der Richter stellt fest, dass die beiden eine »verfestigte ausländerfeindliche Gesinnung« hätten. Das Urteil ist nicht rechtskräftig.

03.10. Kabelsketal (ST) Auf einem Rastplatz greifen sieben

rechte Fußballfans einen 40-jährigen Linken und seinen Begleiter an und beschimpfen sie als »Scheiß Zecken«.

03.10. Jena (TH) Während einer Demonstration der extremen Rechten wird ein Journalist von Neonazis angegriffen. Zuvor wurde per Lautsprecher dazu aufgerufen, ihn daran zu hindern, zu fotografieren.

03.10. Krölpa (TH) Drei Männer geraten in einen Streit mit einem 19-jährigen Flüchtling und werfen eine Bierflasche nach ihm. Die Polizei geht von einem rassistischen Hintergrund der Tat aus.

03.10. Finsterwalde (BB) Ein Mann beleidigt einen 67-jährigen Franzosen rassistisch und schubst ihn zu Boden. Das Opfer schlägt mit dem Gesicht auf eine Treppenstufe auf und wird verletzt.

03.10. Angermünde (BB) Fünf bis sechs Personen beleidigen am Bahnhof vier Erwachsene und drei Kinder rassistisch und greifen sie an.

03.10. Berlin-Tiergarten (BE) Am Potsdamer Platz schlägt ein 29-jähriger Demonstrant des Berliner Pegida-Ablegers »Bärgida« einen 51-jährigen Gegendemonstranten.

03.10. Berlin-Marzahn (BE) Zwei unbekannte Männer, die vor einer Kneipe stehen, greifen einen vorbeigehenden 32-jährigen Mann mit den Worten »Scheiß Antifa« an. Er wird durch Tritte und Schläge schwer verletzt.

04.10. Magdeburg (ST) Zwei Frauen beleidigen den Besitzer eines Spätkaufs rassistisch. Eine der beiden zerreißt den Pullover des Mannes und zerschlägt eine Bierflasche auf seinem Kopf.

04.10. Friemar (TH) Unbekannte legen in einer als Flüchtlingsunterkunft genutzten Turnhalle Feuer. Die Polizei geht von Brandstiftung aus und schließt einen fremdenfeindlichen Hintergrund nicht aus.

04.10. Saalfeld (TH) Der Beifahrer eines Autos steigt aus dem Fahrzeug aus, beschimpft eine 17-Jährige als »Scheiß Zeckenfotze« und tritt auf das Mädchen ein.

04.10. Berlin-Mitte (BE) Ein 44-Jähriger beleidigt einen 41-jährigen Mann rassistisch und schlägt ihn.

04.10. Kassel (HE) Ein Unbekannter droht einer 17-Jährigen mit einem messerähnlichen Gegenstand, beleidigt sie rassistisch und droht damit, sie umzubringen.

05.10. Dresden (SN) Rund 60 Personen, darunter teils stark alkoholisierte, wird der Zutritt zu einer Informationsveranstaltung über eine geplante Asylunterkunft verwehrt. Polizeibeamte werden daraufhin aus der aggressiven Menge mit Flaschen beworfen.

06.10. Berlin-Weißensee (BE) Ein unbekannter Mann beleidigt an einer Haltestelle einen 26-Jährigen rassistisch und hetzt seinen Hund auf ihn.

07.10. Dresden (SN) Unbekannte werfen vier Molotowcocktails auf eine Schule, die als Unterkunft für Asylsuchende genutzt werden soll.

07.10. Olbersleben (TH) Ein 35-jähriger Mann greift einen 38-Jährigen an, der einen rechten Aufruf übermalt hatte. Er rammt ihm eine Mistgabel in den Oberschenkel.

07.10. Rudolstadt (TH) Auf dem Platz der Opfer des Faschismus äußert sich eine Gruppe Jugendlicher lautstark rassistisch. Zwei von ihnen greifen anschließend einen syrischen Jungen an.

07.10. Berlin-Schöneberg (BE) Ein unbekannter Mann beleidigt drei Kinder im Alter von neun und zehn Jahren rassistisch. Er bewirft sie mit Steinen und Stöcken.

07.10. Berlin-Kreuzberg (BE) Aus einem Auto heraus wird ein 64-jähriger Radfahrer rassistisch beleidigt. Der Beifahrer springt aus dem Auto und bedroht den Mann mit einem Messer. Die Täter flüchten unerkannt.

08.10. Stralsund (MV) In einem Geschäft beleidigt ein Mann vier Frauen, die aus Syrien und Ägypten stammen, rassistisch und schlägt ihnen ins Gesicht.

09.10. Dresden (SN) Rund 80 Personen versammeln sich, um

gegen das Willkommensfest »Herz statt Hetze. Prohliis miteinander« und eine Flüchtlingsunterkunft zu protestieren. Aus der Gruppe heraus werden Flaschen, Böller und Steine geworfen. Die Polizei nimmt vier Personen fest.

09.10. Chemnitz (SN) Eine Gruppe Neonazis greift Menschen an, die eine Unterkunft für Asylsuchende unterstützen wollen. Es gibt Verletzte. In derselben Nacht werfen Unbekannte Schottersteine durch die Fenster einer Kirchengemeinde, in der Flüchtlinge untergebracht sind. Steine und herumfliegende Glasscherben verletzen mehrere Menschen, darunter ein sieben Monate altes Kind.

09.10. Cottbus (BB) Eine Frau beleidigt ein 11-jähriges Mädchen mit den Worten »Wenn Hitler hier wäre, wärt ihr nicht hier« und tritt ihr gegen den Oberschenkel.

09.10. Stralsund (MV) Zwei Personen beleidigen einen Mann, der ein Bekleidungsgeschäft beliefert, rassistisch und schlagen ihm anschließend ins Gesicht.

10.10. Leipzig (SN) Eine Passantin schlägt einen Teilnehmer an einer Demonstration gegen die Asylrechtsverschärfungen.

10.10. Essen (NW) Ein Unbekannter schlägt einem 17-Jährigen ins Gesicht. Die Polizei ermittelt wegen des Verdachts einer fremdenfeindlichen Tat.

10.10. Aachen (NW) Zwei Neonazis überfallen einen Antifaschisten, schlagen mit Fäusten und einer Stichwaffe auf ihn ein.

10.10. Trassenheide (MV) Unbekannte werfen auf der Insel Usedom zwei Molotowcocktails auf ein Gebäude, das als Unterkunft für geflüchtete Menschen dienen soll.

10.10. Rostock (MV) Vier Rechte beleidigen einen Flüchtling rassistisch und schlagen auf ihn ein. Als er am Boden liegt, treten sie ihn weiter.

10.10. Berlin-Spandau (BE) Auf dem Markt greift eine Gruppe Männer einen 48-Jährigen an. Sie skandieren »White Power« und treten ihn.

10.10. Berlin-Wilmersdorf (BE) Ein 75-jähriger Mann beleidigt einen siebenjährigen Jungen rassistisch und versucht mit einem Hammer nach ihm zu schlagen.

11.10. Sömmerda (TH) Ein 26-Jähriger beleidigt Polizeibeamte und brüllt fremdenfeindliche Parolen. Er versucht sich seiner Festnahme zu entziehen und zeigt den Hitlergruß.

11.10. Boizenburg (MV) Unbekannte zünden ein Fachwerkhaus an, das als Notunterkunft für Flüchtlinge genutzt werden soll.

11.10. Berlin-Neukölln (BE) Ein 43-Jähriger beleidigt einen 22-jährigen Mann rassistisch und greift ihn mit einem Elektroschocker an. Der verletzte Mann flüchtet, wird jedoch vom Täter mit einem Straßenschild verfolgt und bedroht. Die Polizei kann den Täter festnehmen.

11.10. Berlin-Hellersdorf (BE) Ein 21-jähriger Mann beleidigt mehrere Kinder aus einer Flüchtlingsunterkunft und bewirft sie mit Steinen. Ein Mitarbeiter des Sicherheitsdienstes, der zu Hilfe kommt, wird leicht verletzt.

12.10. Chemnitz (SN) Mehrere Rechte greifen während einer Demonstration des örtlichen Pegida-Ablegers »Cegida« Gegendemonstranten an.

12.10. Berlin-Tiergarten (BE) Vor einer Moschee beleidigen ein 18- und ein 21-Jähriger zwei jüngere Jugendliche antimuslimisch und schlagen sie.

13.10. Halle (ST) Unbekannte legen Brand in einer Gaststätte, in der ein »Begegnungscafé« mit Flüchtlingen stattgefunden hatte.

15.10. Dresden (SN) Vermummte Teilnehmer einer AfD-Demonstration greifen zwei Journalisten des Online-Projekts »Straßengezwitscher« an. Sie werden bedrängt und gestoßen, auf ihre Kamera wird eingeschlagen.

15.10. Jüterbog (BB) Ein Unbekannter sprüht an einer Bushaltestelle einem 24-jährigen Flüchtling aus rassistischen Motiven Reizgas in die Augen.

16.10. Dresden (SN) Ein Mann und zwei Frauen beschimpfen

andere Fahrgäste auf rassistische Weise. Einer der Täter zieht ein Messer und droht damit.

16.10. Flensburg (SH) Unbekannte verüben einen Brandanschlag auf eine geplante Flüchtlingsunterkunft.

16.10. Berlin-Hellersdorf (BE) Ein 44-jähriger Fahrgast beschimpft einen 47-jährigen Kontrolleur rassistisch und schlägt ihn mit einer Bierflasche. Das Opfer wird an Kopf und Arm verletzt. Die Polizei nimmt den Täter fest.

17.10. Köln (NW) Ein Neonazi sticht mit einem Jagdmesser auf vier Politiker ein, darunter Kölns Sozialdezernentin Henriette Reker. Die 59-Jährige schwebt in akuter Lebensgefahr und liegt mehrere Tage im künstlichen Koma. Die Klinge durchtrennt ihre Luftröhre fast vollständig und trifft einen Brustwirbel. Zur Begründung seiner Tat sagt der Täter, die Politiker seien Vertreter einer verfehlten Flüchtlingspolitik. Er wird zu 14 Jahren Haft verurteilt. Gegen das Urteil legt er Revision ein.

17.10. Rostock (MV) Teilnehmer einer AfD-Demonstration greifen Gegendemonstranten an. Neonazis und Hooligans werfen Flaschen, Steine und Böller und versuchen die Polizeiabsperungen zu durchbrechen.

17.10. Rostock (MV) Rechte attackieren im Anschluss an eine AfD-Demonstration Flüchtlinge und deren Unterstützer von »Rostock hilft«.

17.10. Schwerin (MV) Der Teilnehmer einer Demonstration der rechtsextremen Gruppierung »Deutschland wehrt sich« schlägt einen Mann am Kopf.

17.10. Zinnowitz (MV) Unbekannte werfen einen Molotowcocktail auf eine geplante Flüchtlingsunterkunft.

17.10. Traben-Trarbach (RP) Vor einem Gebäude, in dessen Räumen ein »internationaler Willkommenstreff« sowie sieben Flüchtlinge untergebracht sind, legen Unbekannte Feuer.

18.10. Winterberg (NW) Unbekannte legen Feuer an einer geplanten Flüchtlingsunterkunft.

18.10. Berlin-Mitte (BE) Auf dem S-Bahnhof Friedrichstraße beleidigt ein 54-jähriger Mann eine 21-jährige Frau und einen 23-jährigen Mann rassistisch und greift sie an.

19.10. Dresden (SN) Eine Gruppe Vermummter greift ein alternatives Hausprojekt mit Steinen und Pyrotechnik an und kippt Buttersäure aus.

19.10. Leipzig (SN) Teilnehmer einer Pegida-Versammlung in Dresden greifen auf der Rückreise am Leipziger Hauptbahnhof Gegendemonstranten mit Holzstöcken an und bedrohen sie mit einem Messer.

19.10. Dresden (SN) Rund um eine Pegida-Versammlung kommt es zu rechtsmotivierten Straftaten: Am Bahnhof wird ein Marokkaner zusammengeschlagen, Journalisten werden von Pegida-Teilnehmern verprügelt und Gegendemonstranten mit Steinen, Pyrotechnik und Flaschen angegriffen.

19.10. Halle (ST) Dreißig Neonazis greifen aus einer rechten Demonstration heraus Gegendemonstranten an.

19.10. Stralsund (MV) Ein älterer Mann beschimpft einen 15-Jährigen rassistisch und tritt ihn.

19.10. Remseck (BW) Unbekannte verüben einen Brandanschlag auf eine ehemalige Gaststätte, die an eine Flüchtlingsunterkunft grenzt. Der Staatsschutz ermittelt.

19.10. Landscheid (RP) Unbekannte verwüsten ein Gebäude, das eventuell als Unterkunft für Flüchtlinge dienen soll. Sie zertrümmern Möbel, schlagen Löcher in die Wand, reißen Decken heraus, schmieren Hakenkreuze und rechte Parolen an die Wände. Sie entleeren Feuerlöscher und entfachen ein Feuer.

20.10. Köln (NW) Ein Unbekannter wirft einen Stein auf den Baustellenleiter einer Flüchtlingsunterkunft. Zuvor war der Stromgenerator sabotiert worden.

20.10. Halle (ST) Ein Unbekannter beleidigt einen irakischen Imbissbesitzer rassistisch, stößt ihn zu Boden und verletzt ihn dabei am Kopf.

21.10. Bischofswerda (SN) Ein unbekannter Radfahrer schlägt im Vorbeifahren Flüchtlinge vor einer Erstaufnahmeeinrichtung. Diese Angriffe wiederholen sich am nächsten und übernächsten Tag.

21.10. Havixbeck (NW) Ein 52-jähriger Mann beleidigt einen 31-Jährigen im Bus rassistisch. Nach dem Aussteigen rammt der Angreifer seinem Opfer ein Messer in den Brustkorb.

21.10. Halle (ST) Nach einer Demonstration gegen die AfD greifen 20 verummte Männer fünf Gegendemonstranten an. Sie schlagen, treten und rufen: »Das habt ihr davon, ihr Scheiß Zecken«.

21.10. Halle (ST) Nach einer Spontandemonstration für die Rechte von Flüchtlingen skandiert ein Mann an einer Bushaltestelle »Sieg Heil«. Er wirft eine Bierflasche in Richtung einer Gruppe »alternativ« aussehender Menschen. Eine Studentin spricht den Mann an, er schlägt ihr daraufhin ins Gesicht. Ein Passant stoppt den Angreifer mit Reizgas. Als die Studentin ihm auf sein Bitten hin Wasser zum Auswaschen der Augen reicht, beschimpft er sie als »Judenschlampe«.

21.10. Halle (ST) Eine Gruppe Rechter verfolgt am Hauptbahnhof Teilnehmer einer antirassistischen Demonstration und schlägt einem Mann ins Gesicht.

21.10. Frankfurt (Oder) (BB) Unbekannte verüben auf eine im Bau befindliche Flüchtlingsunterkunft einen Sprengstoffanschlag.

21.10. Harburg (HH) Ein Mann und eine Frau beleidigen in einem Bus ein 17-jähriges Mädchen und ihren 16-jährigen Bruder als »Scheiß Kanaken«. Dann schlägt der Mann dem Jungen mit der flachen Hand ins Gesicht. Die Frau versucht das Kopftuch des Mädchens herunterzureißen und schlägt ihr mit der Faust gegen die Schläfe.

22.10. Cottbus (BB) Mehrere verummte Personen schlagen und treten zwei Jugendliche und beschimpfen sie als »Zecken«.

22.10. Berlin-Marzahn (BE) Im Eingangsbereich eines Hotels, in dem auch geflüchtete Menschen wohnen, wird Buttersäure ausgekippt. Tage zuvor explodierte dort ein Sprengsatz.

22.10. Ludwigshafen (RP) Unbekannte verüben einen Brandanschlag auf eine geplante Flüchtlingsunterkunft.

23.10. Cottbus (BB) Unbekannte bedrängen einen aus Syrien geflüchteten Mann, stehlen seine Einkäufe und schlagen zu.

23.10. Cottbus (BB) Eine unbekannt Person greift nach einer rassistischen Demonstration eine Kenianerin mit einem Elektroschocker an.

23.10. Cottbus (BB) Sechs Rechte pöbeln in einem Bus vier Männer aus Eritrea an und beleidigen sie rassistisch. Als diese aussteigen, werden sie von einer Gruppe von rund 20 weiteren Rechten angegriffen und mit Flaschen beworfen.

23.10. Zarentin (MV) Unbekannte schlagen in drei Wohnungen, in denen Flüchtlinge leben, mehrere Fenster ein.

23.10. Würzburg (BY) Ein 30-jähriger Mann schlägt in der Innenstadt einem 16-Jährigen mehrmals mit der Faust ins Gesicht. Der eintreffenden Polizei zeigt er den Hitlergruß.

24.10. Cottbus (BB) Sieben Rechte beleidigen eine Gruppe Studierende auf dem Campus der Universität und greifen sie körperlich an.

24.10. Berlin-Köpenick (BE) Zwei Männer beleidigen einen 29-Jährigen am S-Bahnhof Köpenick rassistisch. Sie schlagen ihn von hinten nieder, treten auf ihn ein und bewerfen ihn mit Flaschen.

25.10. Freiberg (SN) Vierhundert Rechtsgesinnte versuchen mit einer Sitzblockade die Ankunft von Flüchtlingen in einer Unterkunft zu verhindern. Sie rufen »Ausländer raus« und »Wir sind das Volk«. Die Polizei räumt die Blockade mit 200 Beamten. Reisebusse der geflüchteten Menschen werden mit Gegenständen beworfen.

25.10. Sebnitz (SN) Vier verummte Personen werfen Steine in

die Fenster einer Wohnung, in der Flüchtlinge untergebracht sind. Sie treten die Scheibe der Haustür ein und dringen in das Haus ein. Sie fragen die Nachbarn: »Wo sind die Kanaken?« Die Flüchtlinge sind zum Zeitpunkt des Angriffs nicht zu Hause.

25.10. Bonn (NW) Teilnehmer einer extrem rechten Kundgebung in Köln greifen auf der Rückreise den Sprecher der Bonner Linksjugend an. Sie schlagen mit Stöcken und Flaschen auf ihn ein und treten zu.

25.10. Vreden (NW) Vier Unbekannte randalieren vor einer Unterkunft für Flüchtlinge und skandieren rassistische Parolen.

25.10. Blankenfelde-Mahlow (BB) Unbekannte verüben einen Brandanschlag auf eine im Bau befindliche Flüchtlingsunterkunft.

25.10. Berlin-Köpenick (BE) Ein Neonazi schlägt und tritt einen 25-Jährigen in der Straßenbahn, da er ihn für einen »Antifa« hält.

26.10. Freital (SN) Zwei Unbekannte greifen einen Iraker an einer Bushaltestelle an. Sie reißen den Mann zu Boden, schlagen und treten auf ihn ein.

26.10. Bremen (HB) Unbekannte verüben einen Brandanschlag auf eine Turnhalle, die als Unterkunft für Flüchtlinge genutzt werden soll.

27.10. Dresden (SN) Am Rande einer Demonstration gegen Flüchtlinge wird ein 18-jähriger Gegendemonstrant geschlagen und getreten.

27.10. Duisburg (NW) Rechte Hooligans greifen in der Innenstadt Linke an. Dabei wird eine Person verletzt.

27.10. Bernburg (ST) Unbekannte werfen einen Stein durch das Fenster einer Wohnung, in der eine Flüchtlingsfamilie wohnt.

28.10. Berlin-Marzahn (BE) Zwei Unbekannte beleidigen einen 18-Jährigen rassistisch und berauben ihn.

29.10. Frankenberg (SN) Eine Gruppe Männer ruft rassistische Parolen und wirft eine Glasflasche gegen das Fenster einer Asylunterkunft.

29.10. Hemhofen (BY) Ein 48-jähriger Mann taucht mit zwei Militärsäbeln bewaffnet vor einer Flüchtlingsunterkunft auf. Ein Mitarbeiter des Sicherheitsdienstes kann den Mann entwaffnen.

30.10. Pirna (SN) Rund 25 Unbekannte greifen einen 21-jährigen Marokkaner und einen 25-jährigen Libyer mit Schlägen und Tritten an.

30.10. Dresden (SN) Vier Unbekannte schubsen und schlagen einen 26-jährigen Syrer in der Straßenbahn. Zuvor hatten sie ihn verbal provoziert.

30.10. Hannover (NI) Fünf Unbekannte rufen aus einem Auto heraus fremdenfeindliche Parolen in Richtung eines aus Syrien geflüchteten Mannes. Vier von ihnen steigen aus dem Auto aus und drücken den Mann gegen eine Wand. Einer der Täter schlägt ihm ins Gesicht.

30.10. Wismar (MV) Eine Personengruppe greift zwei aus Syrien geflüchtete Männer vor einer Notunterkunft an. Sie schlägt und tritt auf sie ein und verletzt sie mit einem Elektroschocker und einem Baseballschläger. Einer wird zudem mit einer Axt attackiert. Beide Betroffenen müssen im Krankenhaus behandelt werden.

30.10. Berlin-Charlottenburg (BE) Ein unbekannter Mann beleidigt einen Journalisten des *Tagesspiegels* als »linke Drecksau« und schlägt ihn nieder.

31.10. Dippoldiswalde (SN) Unbekannte setzen mehrere Wohncontainer, in denen Flüchtlinge untergebracht werden sollen, in Brand. Die Polizei ermittelt wegen einer extremistisch motivierten Straftat.

31.10. Dresden (SN) Mehrere Unbekannte greifen einen 20-Jährigen aus Eritrea an. Zwei der Täter halten den Mann fest, ein dritter schlägt zu.